BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

Lage im Persischen Golf deeskalieren, Nuklear-Abkommen mit dem Iran retten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.11.2019
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die Situation am Persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Die angespannte Situation zwischen dem Iran auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts, Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhaft von DoppelstaatlerInnen provozieren zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel im Wege.

Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens nicht
nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

Iran - ein hochproblematischer Akteur

Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.

Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in er Nachbarschaft Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das Nukearabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA).

Saudi-Arabien - ebenfalls ein hochproblematischer Akteur

Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Einschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im Königreich 149 Menschen hingerichtet.

Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die – laut den Vereinten Nationen - derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat Katar
hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch

mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain, begonnenen Demokratisierungsprozesse.

Das Atomabkommen retten

Durch den einseitigen Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen im Mai 2018 durch US-Präsident Trump, dreht sich die Eskalationsspirale zunehmend weiter und droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zusammenbrechen zu lassen. Auch die Regierung Netanjahu hat aktiv gegen den Verhandlungsprozess gearbeitet und damit zur Schwächung des Atomabkommens beigetragen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von
US-Seite unilateral die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran – bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.

Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen, durch diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare
Bewaffnung Irans zu verhindern. Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter Beschuss.

Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden
sollen.

Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch
die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter Druck zu setzten.

Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen

haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Teheran testet nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEO bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEO bestätigt – schrittweise begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Deeskalation jetzt!

Nichts desto trotz droht die Lage im persischen Golf militärisch zu eskalieren. Wir treten für die Freiheit der Schifffahrt ein. Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste

Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat.Für uns gelten die UN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur auf Grundlage der UN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN-Charta zustimmen.

Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation zwischen allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPoA durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege für legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den IranerInnen zu Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und im Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für an Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten wohlhabenden Kleptokraten nicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu erhalten. Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein konnte, sondern ein Kompromiss war, und vor allem ein wichtiger vertrauensbildender Schritt. Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage im eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese Probleme durch das Abkommen selbst noch nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne das Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und anzugehen.

Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen und neue Wege zum Frieden aufzuzeigen. Eine Nahostpolitik,

die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der vielen Menschen in Not - etwa in Jemen – mit unverantwortlichen Rüstungsexporten gar noch weiter zu verschlechtern.

Wir fordern deshalb, dass

- die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen ihrer GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.

- sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.

- die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss, ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte, multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der iranischen Bevölkerung zugutekommen.

- die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.

- die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der USA zu wappnen. Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und

Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik.

- Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren Energien anbieten.
- Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran Wassermangel und Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- sich für die Rechte der Zivilgesellschaften in der gesamten Region einzusetzen und den Kontakt untereinander zu förden. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.
- die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, endlich zu beenden.
- die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.